

Programm-Entwurf der KAPD.

Erster Teil. (Schluß)

Von ständigen Arbeiterpartei hat allein die KAPD, die jede revolutionäre Linie gewahrt. Sie ist organisatorisch und politisch die direkte Nachfolgerin des alten Spartakusbundes...

Noch steht die breite Masse bei den sozialistischen Parteien und der Reformpartei, die an die Zukunft des Kapitalismus und die Rettung durch den Kapitalismus aber die Dialektik des wirklichen Lebens, wird mit ehernem Tritt diese Illusionen zerstören und den Boden vorbereiten für die Erkenntnisse der KAPD und damit für den Kommunismus.

Zweiter Teil.

Der Untergang des Kapitalismus und seine Anstrengungen, sich erneut Atemspaus zu verschaffen, bedeutet für das Proletariat eine wachsende Steigerung seines Elends und fortschreitende Unsicherheit seiner Existenz, die in ihrer letzten Ausweitung zum völligen Untergang als Klasse führen kann...

Während der Periode des Frühkapitalismus erkannten die Arbeiter, daß sie den verelenden Tendenzen des Kapitalismus nur durch organisatorischen Zusammenschluß entgegenwirken konnten. Sie gründeten Berufsorganisationen, zu dem ausschließlichen Zweck, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen...

Mit dem Wachsen der Industrie behielt das Proletariat beibehaltenen Zuwachs. Durch die fortschreitende Entwicklung der Technik wurden die Existenzbedingungen für den selbständigen Handwerker, Kleinhändler und Kleinrentner immer schwerer. Der Großbetrieb brachte den Produktionsprozentual ein höheres Stütz und zerstörte die Lebens...

Die alten Berufsorganisationen haben ihre historische Existenzberechtigung verloren. Es ist daher die Aufgabe der revolutionären Proletariat, daraus die Konsequenzen zu ziehen und Organisationen zu schaffen, die das Proletariat als Klasse in den Kampf führen und gleichzeitig Fundament sind für den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft...

Der Gedanke der Arbeiterschaft, zuerst von den Gewerkschaften zum Zweck besserer Ausnutzung der Tarifpolitik aber unter dem Druck der Unternehmern erst bekennt, dann aber unter dem Druck der Unternehmern erst bekennt...

Die anzuwendenden Mittel und die Art des Kampfes werden bestimmt durch die gesellschaftlichen Gesetze und ihre Entwicklung. Das Proletariat glaubt aber in seiner Mehrzahl noch, mit den alten Organisationsformen und deren reformalistischen Einzelmaßnahmen, die Verbesserung ihrer Lebenshaltung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft erreichen zu können...

Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben die Gewerkschaften während der ganzen Periode der deutschen Revolution zum besten Teil bewahrt. Die Gewerkschaftspolitik ist die Sozialdemokratie, ist ein heutzutage in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker wurzelndes Rätegedanke bekennt und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen ableiten lassen. In diesen Jahren haben wir mit dem Ziel der politischen Machtergreifung durch das Proletariat erfolgreich abzuwehren verstanden. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen wurde so offensichtlich, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zusage über zu einem gewerkschaftlichen Verbands abhängig machen. Damit ist vor aller Welt geteilt, daß die Gewerkschaftsbürokratie die hauptsächlichste Stütze des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems ist. Die Gewerkschaften sind neben der bürgerlichen Ideologie der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates.

In allen Ländern mit hochkapitalistischer Entwicklung wird der Illusion von der Demokratie und der Gläubigkeit an die unerschütterliche Beständigkeit der kapitalistischen Wirtschaft ausgedrückt und verkörpert in den alten Arbeiterorganisationen. Unter den Arbeitern selbst herrschen alle, scharf umrissene, wenn auch teilweise verhaltenen über ihr Schicksal und die für sie notwendige Politik.

Oeffentliche Versammlung

Montag, den 30. Juli, abends 7 Uhr: Osten, Königstraße, Große Frankfurter Straße; Dienstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr: Neukölln, Kiems Fest - Säle, Hasenheide (H. Saal); Mittwoch, den 1. August, abends 7 Uhr: Moabit, Gesellschaftshaus, Wickestraße.

Thema in allen Versammlungen: Was dem Bürgerkrieg? Das Gebot der Stunde!

Diese alten Berufsorganisationen haben ihre historische Existenzberechtigung verloren. Es ist daher die Aufgabe der revolutionären Proletariat, daraus die Konsequenzen zu ziehen und Organisationen zu schaffen, die das Proletariat als Klasse in den Kampf führen und gleichzeitig Fundament sind für den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft...

Die Auseinandersetzungen in den deutschen Gewerkschaften zeigen, daß die Gewerkschaftsbürokratie sehr frühzeitig dazu übergeht, die ihnen gefährlich werdenden Zellenaktiven aus den Gewerkschaften auszuschließen und die Bewegung in keine zu erstickeln. Sie beruft sich dabei auf die organisationszerstörende Wirkung. Wollen die Kommunisten diesem Argwohn begegnen, so sind sie gezwungen, sich möglichst weit von den Gewerkschaften zurück zu ziehen, um sie zu halten. Das haben die überlitterten Gewerkschaften zu tun. Da haben sie selbst die revolutionäre Klärung der Massen und verfallen dem Opportunismus. Die Besetzung des Gewerkschaftsapparats durch Mitglieder alter kommunistischer Partei ist keine Erprobung der Gewerkschaften für den Kommunismus, sondern nur eine parteipolitische Maßnahme zur Verbilligung des eigenen Parteiparades. Durch die Loslösung von der Masse muß jeder Gewerkschaftsbeamte von einer proletarischen Einstellung zu einer kleibürgerlichen kommen. Die Ansicht auf solche Kosten wird stets zur gegebenen Zeit routiniertere Elemente anlocken, die die Arbeiterbewegung für sich zu einem einträglichen Gewerbe machen.

An unsere Leser und Verbreiter!

Genossen! Arbeiter! Das finanzielle Chaos macht auch uns eine Kalkulation völlig unmöglich. Keine Druckerei läßt sich mehr auf noch so kurze Lieferfristen ein. Gerade jetzt in der steigenden Krise muß alles darangesetzt werden, um die „KAZ“ hochzuhalten. Tut eure Pflicht! Wir verlangen nur das allergeringste. Wertet neue Leser! Sammelt für den Pressefonds.

KAZ-Preis für Nr. 39 bis 62: 3.000; Abonnement für die 1. Hälfte August (Nr. 39-62) 12.000; Durch die Post (Ehrenr.) 1. Hälfte August (Nr. 39-62) 13.000; Durch die Post (mehrere Exemplare) 1. Hälfte August (Nr. 39-62) pro Exemplar 2.500.

Mittteilungen

Groß-Berlin: Partei-Beitrag für 1. Hälfte August. Vollarbeits 20.000 Mark, Kurzarbeiter (3 Tage) und arbeitende Frauen 10.000 Mark.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Veranstaltungen in der Woche vom 25. Juli bis 4. August. Alle Veranstaltungen beginnen pünktlich 7 1/2 Uhr.

Montag, den 30. Juli: Mitglieder-Versammlung „Groß-Berlin, Jugendheim, Am Ostbahnhof 17. Wichtiges Tagesprogramm. Die Genossen müssen bis 7 1/2 Uhr vollzählig erscheinen. Kartenkontrolle.

Dienstag, den 31. Juli: Cöpenick, Helland, Schulmeister, Vortrag: „Anarchismus und Kommunismus“ — Charlottenburg, Funktionalisierung — Ostern, Jugendheim, Am Ostbahnhof 17. Vortrag: „Welchen Weg haben wir als proletarische Jugend zu gehen?“

Mittwoch, den 1. August: Norden, Schule, Böttgerstraße, Zimmer 4. Vortrag: „Die soziale Frage“ — Charlottenburg, Waldr. 76. Vortrag: „Die politischen Strömungen in der französischen Revolution.“

Donnerstag, den 2. August: Neukölln-Britz, Jugendheim, Rathaus, Chausseestraße 4. Vortrag. Freitag, den 3. August: Mitglieder-Versammlung aller innerstädtischen Unionsstellen, Schloß, Graßstraße 23. Die Mitglieder der KAJ und der AAL müssen vollzählig erscheinen. Besonders die Genossen aus den Groß-Bezirken.

Präsidenten Schlüter, Hagen 1. W. 10.000; Schmidt, Kiel 12.000; Franke, Writzen 4000; H. F. 30.000; Knack 5580; Teichert 3000; Krackow 20.000; Ungenannt 30.000 Mark.

4. Jahrg. Nr. 59

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger-Strasse 6. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 46029.

Die Ruhe vor dem Sturm

Neben der Hochkonjunktur in Millionen- und Zehnmillionenschemen hat noch auch prompt die Hochkonjunktur in Rettungsprogrammen eingesetzt. Ein letztes Wort von der Regierung Cuno, eines von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften und eines von der KPD. Letzteres liegt natürlich schon lange vor, und das kommt eben daher, weil sie an der Fortführung des Krieges eben am stärksten interessiert ist. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die Mittel für das weitere „Durchhalten“ aufzubringen. Man hat sich in der Zeit verreckt und möchte nun nicht gern offen den Bankrott erklären. Da jedoch das französische Kapital auf all die kritischen Worte nichts gibt und hübsch ruhig abwartet, muß man eben wohl oder übel so tun, als ob man so läte. Man wolle erst auf dem Wege einer Regieruns-

Daß die Regierung außerdem noch für „anständige Gehaltsbemessung“ sorgt, klingt zwar scheinbar überflüssig bei dem ungeheuren „Sparbedürfnis“, doch ist dies offenbar nur für Zeiten bestimmt, in denen die Proleten nicht mehr so in den Fleischtopfen wählen können wie gerade jetzt. Es ist also für alles gesorgt. Und daß wir es ja nicht vergessen: — die Hauptsache nämlich — es gibt neue Steuern. Wertbeständig natürlich! Die Bahn, die Post, der Reichssäckel, die Kommunen und natürlich die Ruhraktion, alles ist bankrott. Diese Steuern bezahlen natürlich die Kapitalisten. Man kann natürlich nichts dagegen machen, wenn diese neuen Steuern, so wie es bis jetzt immer war, und nach der Meinung derer, denen die kapitalistische Gesellschaft an sich schon schwer im Magen liegt, durch diese neuen Steuern kein anderer erschöpft wird, wie die Proleten, denen man das biblischen Proletenfußes so hoch hängt, daß sie noch weniger für ihre hübschen Scheine bekommen. Aber auch dies hat man berücksichtigt, indem man an die Einsicht der Kapitalisten appelliert: „Wenn man die neuen Steuern bezahlen will, so muß man sich auf die Steuerzahlung einstellen.“ Die Sozialdemokratische Partei wird sich der positiven Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen können, wenn ohne sie eine Regierung nicht zu bilden ist.“ In demselben Artikel nimmt Hermann Müller Stellung gegen eine etwaige Revolution. Er erklärt, sie würde weder Freiheit, noch Frieden, noch Brot bringen. Es würde vielmehr dadurch nur dem französischen Kapital in die Hand gearbeitet werden. Es ging um das Rheinland, um die Einheit der deutschen Republik. Diese dürfen durch einen Bürgerkrieg nicht auf das Spiel gesetzt werden. Die Sozialdemokratie, insbesondere die Reichstagsfraktion geht sogar so weit, sich ganz entschieden gegen einen Sturz der Regierung Cuno zu erklären. Trotzdem die Funktionen von Groß-Berlin eben sofortigen Sturz derselben Regierung fordern. Sie haben eine Resolution angenommen, in der sie erklären, daß die Partei in besonders scharfer Opposition zu der Politik des Kabinetts steht, die die gegenwärtige wucherische Prestreiterei verschuldet und durch die freie Wirtschaft die regelrechte Versorgung mit Lebensmitteln unterbunden hat.“ Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ganz offen, daß kein Ersatz für die Regierung Cuno da ist. Wenn auch die Regierung Cuno stürzen will, muß man eine Regierung zur Hand haben. Da die bürgerliche Arbeiterschaft noch parlamentarisch den Ausschlag gibt, so könne nur ein Personenwechsel zustande, und damit würde nichts geändert werden. Also Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Man muß abwarten, was da kommen wird und freut sich der späten Entschlüsse der Reichsregierung, welche erklärt, daß sie fortfahren wird, alle erdenklichen Maßregeln zur Bekämpfung der Reichsfinanznot zu treffen. Die „jährliche“ Finanzierung der Ruhraktion soll durch ein Opfer für Rhein und Ruhr auf breitesten Grundlage durchgeführt werden, und die Regierung will auch in ihrer Größtheit dem Sparbedürfnisse der breiten Massen durch Ausgabe neuer wertbeständiger Anleihen nachkommen. Sparbedürfnis, diese Grundlage der kapitalistischen Akkumulation nach bürgerlicher Auffassung scheint nach der Ansicht der Reichsregierung wirklich noch vorhanden zu sein. Man glaubt, daß die breiten Massen durch die steigenden Löhne und Gehälter — vielleicht inmodernen der Reichsregierung auch die astronomischen Zahlen — noch etwas auf die hohe Kante legen können. Das Sparbedürfnis der Bourgeoisie scheint selbst bei der Reichsregierung nicht sehr erheblich veranschlagt zu werden, oder man traut die ganz einfache Dummheit nicht zu, die wertbeständigen Anleihen des Reiches zu zeichnen, nach den bisherigen Erfahrungen bei der Dollarschatzanleihe. Die Regierung hat sich entschlossen, daß es für das Kapital ein bedeutend besseres Geschäft ist, an der Börse zu spekulieren und sein Geld in den Ausland zu schütten. Zur Aufrechterhaltung der Produktion braucht das deutsche Kapital seine Mittel keineswegs. Es verkauft vielmehr die Schatzerte, insbesondere die Ruhraktio, die es höher angekauft hat, so weit es irgendwie geht, in das Ausland, und wartet ab, was die Zukunft bringen wird. Es ist bei dem Reich jetzt schon so weit im Mittel enttäuscht, daß es nicht wie früher in der Lage ist, zur Bekämpfung der gegenwärtigen Lebensnot, Mittel zur Verfügung zu stellen. Das bei der Reichsbank befindliche Gold ist größtenteils veräußert und reicht kaum zur Deckung der aufgegebenen Krediten aus. Es fehlt an diesem Grunde auch der bei der Sozialdemokratie übliche Hilferuf an das Reich. Irrendes Mittel ist zur Verfügung zu stellen.

Die innere Unruhe wächst

Die gesamte Bourgeoisie stellt fest, daß die Stimmung im Volk bedeutend verzweifelter ist, als im November 1918. Es werden überall Notstandsmaßnahmen erörtert, große Rettungsaktionen geplant. Die Druckerschwärze fließt in Millionen Reichensarten von der Notwendigkeit der Eindämmung des Volkes über. Überall herrscht die Empfindung, daß am jeden jeden „Beruhigung“ geschaffen werden muß. Die Presse hält es für die wichtigste Aufgabe, die Verdummung des Volkes zu organisieren. Die schweren körperlichen und seelischen Leiden des Volkes werden anerkannt, und sein Opfermut und seine Geduld gepriesen. Es wird dann noch mehr Geduld gefordert, denn Exzesse, Krawalle und Rebellion könnten noch den Zustand bedeutend verschlimmern. In der höchsten Not ruft man nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, damit die breiten Massen mehr Vertrauen zur deutschen Regierung bekommen. Die bürgerliche Presse ist sich darüber klar, daß ohne die Sozialdemokratie das deutsche Volk nicht „regiert“ werden kann. Die Sozialdemokratische Partei ein, Es erregt auf dieses Angebot der bürgerlichen Parteien ein. Es genügt ihr als Notnagel zu dienen. Der Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, erklärt ausdrücklich: „Die Sozialdemokratische Partei wird sich der positiven Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen können, wenn ohne sie eine Regierung nicht zu bilden ist.“ In demselben Artikel nimmt Hermann Müller Stellung gegen eine etwaige Revolution. Er erklärt, sie würde weder Freiheit, noch Frieden, noch Brot bringen. Es würde vielmehr dadurch nur dem französischen Kapital in die Hand gearbeitet werden. Es ging um das Rheinland, um die Einheit der deutschen Republik. Diese dürfen durch einen Bürgerkrieg nicht auf das Spiel gesetzt werden. Die Sozialdemokratie, insbesondere die Reichstagsfraktion geht sogar so weit, sich ganz entschieden gegen einen Sturz der Regierung Cuno zu erklären. Trotzdem die Funktionen von Groß-Berlin eben sofortigen Sturz derselben Regierung fordern. Sie haben eine Resolution angenommen, in der sie erklären, daß die Partei in besonders scharfer Opposition zu der Politik des Kabinetts steht, die die gegenwärtige wucherische Prestreiterei verschuldet und durch die freie Wirtschaft die regelrechte Versorgung mit Lebensmitteln unterbunden hat.“ Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ganz offen, daß kein Ersatz für die Regierung Cuno da ist. Wenn auch die Regierung Cuno stürzen will, muß man eine Regierung zur Hand haben. Da die bürgerliche Arbeiterschaft noch parlamentarisch den Ausschlag gibt, so könne nur ein Personenwechsel zustande, und damit würde nichts geändert werden. Also Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Man muß abwarten, was da kommen wird und freut sich der späten Entschlüsse der Reichsregierung, welche erklärt, daß sie fortfahren wird, alle erdenklichen Maßregeln zur Bekämpfung der Reichsfinanznot zu treffen. Die „jährliche“ Finanzierung der Ruhraktion soll durch ein Opfer für Rhein und Ruhr auf breitesten Grundlage durchgeführt werden, und die Regierung will auch in ihrer Größtheit dem Sparbedürfnisse der breiten Massen durch Ausgabe neuer wertbeständiger Anleihen nachkommen. Sparbedürfnis, diese Grundlage der kapitalistischen Akkumulation nach bürgerlicher Auffassung scheint nach der Ansicht der Reichsregierung wirklich noch vorhanden zu sein. Man glaubt, daß die breiten Massen durch die steigenden Löhne und Gehälter — vielleicht inmodernen der Reichsregierung auch die astronomischen Zahlen — noch etwas auf die hohe Kante legen können. Das Sparbedürfnis der Bourgeoisie scheint selbst bei der Reichsregierung nicht sehr erheblich veranschlagt zu werden, oder man traut die ganz einfache Dummheit nicht zu, die wertbeständigen Anleihen des Reiches zu zeichnen, nach den bisherigen Erfahrungen bei der Dollarschatzanleihe. Die Regierung hat sich entschlossen, daß es für das Kapital ein bedeutend besseres Geschäft ist, an der Börse zu spekulieren und sein Geld in den Ausland zu schütten. Zur Aufrechterhaltung der Produktion braucht das deutsche Kapital seine Mittel keineswegs. Es verkauft vielmehr die Schatzerte, insbesondere die Ruhraktio, die es höher angekauft hat, so weit es irgendwie geht, in das Ausland, und wartet ab, was die Zukunft bringen wird. Es ist bei dem Reich jetzt schon so weit im Mittel enttäuscht, daß es nicht wie früher in der Lage ist, zur Bekämpfung der gegenwärtigen Lebensnot, Mittel zur Verfügung zu stellen. Das bei der Reichsbank befindliche Gold ist größtenteils veräußert und reicht kaum zur Deckung der aufgegebenen Krediten aus. Es fehlt an diesem Grunde auch der bei der Sozialdemokratie übliche Hilferuf an das Reich. Irrendes Mittel ist zur Verfügung zu stellen.

Die innere Unruhe wächst

Die gesamte Bourgeoisie stellt fest, daß die Stimmung im Volk bedeutend verzweifelter ist, als im November 1918. Es werden überall Notstandsmaßnahmen erörtert, große Rettungsaktionen geplant. Die Druckerschwärze fließt in Millionen Reichensarten von der Notwendigkeit der Eindämmung des Volkes über. Überall herrscht die Empfindung, daß am jeden jeden „Beruhigung“ geschaffen werden muß. Die Presse hält es für die wichtigste Aufgabe, die Verdummung des Volkes zu organisieren. Die schweren körperlichen und seelischen Leiden des Volkes werden anerkannt, und sein Opfermut und seine Geduld gepriesen. Es wird dann noch mehr Geduld gefordert, denn Exzesse, Krawalle und Rebellion könnten noch den Zustand bedeutend verschlimmern. In der höchsten Not ruft man nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, damit die breiten Massen mehr Vertrauen zur deutschen Regierung bekommen. Die bürgerliche Presse ist sich darüber klar, daß ohne die Sozialdemokratie das deutsche Volk nicht „regiert“ werden kann. Die Sozialdemokratische Partei ein, Es erregt auf dieses Angebot der bürgerlichen Parteien ein. Es genügt ihr als Notnagel zu dienen. Der Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, erklärt ausdrücklich: „Die Sozialdemokratische Partei wird sich der positiven Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen können, wenn ohne sie eine Regierung nicht zu bilden ist.“ In demselben Artikel nimmt Hermann Müller Stellung gegen eine etwaige Revolution. Er erklärt, sie würde weder Freiheit, noch Frieden, noch Brot bringen. Es würde vielmehr dadurch nur dem französischen Kapital in die Hand gearbeitet werden. Es ging um das Rheinland, um die Einheit der deutschen Republik. Diese dürfen durch einen Bürgerkrieg nicht auf das Spiel gesetzt werden. Die Sozialdemokratie, insbesondere die Reichstagsfraktion geht sogar so weit, sich ganz entschieden gegen einen Sturz der Regierung Cuno zu erklären. Trotzdem die Funktionen von Groß-Berlin eben sofortigen Sturz derselben Regierung fordern. Sie haben eine Resolution angenommen, in der sie erklären, daß die Partei in besonders scharfer Opposition zu der Politik des Kabinetts steht, die die gegenwärtige wucherische Prestreiterei verschuldet und durch die freie Wirtschaft die regelrechte Versorgung mit Lebensmitteln unterbunden hat.“ Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ganz offen, daß kein Ersatz für die Regierung Cuno da ist. Wenn auch die Regierung Cuno stürzen will, muß man eine Regierung zur Hand haben. Da die bürgerliche Arbeiterschaft noch parlamentarisch den Ausschlag gibt, so könne nur ein Personenwechsel zustande, und damit würde nichts geändert werden. Also Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Man muß abwarten, was da kommen wird und freut sich der späten Entschlüsse der Reichsregierung, welche erklärt, daß sie fortfahren wird, alle erdenklichen Maßregeln zur Bekämpfung der Reichsfinanznot zu treffen. Die „jährliche“ Finanzierung der Ruhraktion soll durch ein Opfer für Rhein und Ruhr auf breitesten Grundlage durchgeführt werden, und die Regierung will auch in ihrer Größtheit dem Sparbedürfnisse der breiten Massen durch Ausgabe neuer wertbeständiger Anleihen nachkommen. Sparbedürfnis, diese Grundlage der kapitalistischen Akkumulation nach bürgerlicher Auffassung scheint nach der Ansicht der Reichsregierung wirklich noch vorhanden zu sein. Man glaubt, daß die breiten Massen durch die steigenden Löhne und Gehälter — vielleicht inmodernen der Reichsregierung auch die astronomischen Zahlen — noch etwas auf die hohe Kante legen können. Das Sparbedürfnis der Bourgeoisie scheint selbst bei der Reichsregierung nicht sehr erheblich veranschlagt zu werden, oder man traut die ganz einfache Dummheit nicht zu, die wertbeständigen Anleihen des Reiches zu zeichnen, nach den bisherigen Erfahrungen bei der Dollarschatzanleihe. Die Regierung hat sich entschlossen, daß es für das Kapital ein bedeutend besseres Geschäft ist, an der Börse zu spekulieren und sein Geld in den Ausland zu schütten. Zur Aufrechterhaltung der Produktion braucht das deutsche Kapital seine Mittel keineswegs. Es verkauft vielmehr die Schatzerte, insbesondere die Ruhraktio, die es höher angekauft hat, so weit es irgendwie geht, in das Ausland, und wartet ab, was die Zukunft bringen wird. Es ist bei dem Reich jetzt schon so weit im Mittel enttäuscht, daß es nicht wie früher in der Lage ist, zur Bekämpfung der gegenwärtigen Lebensnot, Mittel zur Verfügung zu stellen. Das bei der Reichsbank befindliche Gold ist größtenteils veräußert und reicht kaum zur Deckung der aufgegebenen Krediten aus. Es fehlt an diesem Grunde auch der bei der Sozialdemokratie übliche Hilferuf an das Reich. Irrendes Mittel ist zur Verfügung zu stellen.

Oeffentliche Versammlung

Freitag, den 3. August, abends 7 Uhr. Pharus-Säle, Müllersstr. 142. Thema: Vor dem Bürgerkrieg?? Das Gebot der Stunde!!

beständigen" eine Rolle. Die Gewerkschaften haben folgende Punkte aufgestellt: 1. Aufnahme von Arbeitervertretern in die ständige Kommission zur Bearbeitung der Teuerung; 2. Festsetzung der Arbeitslöhne nach Beschluss der ständigen Kommission und 3. Bewilligung einer sofortigen Erhöhung der Arbeitslöhne seitens der Arbeitgeber.

Der Staatsstreich in Bulgarien und sein Charakter

Vor einigen Wochen haben die telegraphischen Agenturen die Nachricht vom bulgarischen Staatsstreich in der ganzen Welt verbreitet. Die bisherige Regierung Stambolyak ist von den Militäristen unter der politischen Führung des sogenannten "Bürgerlichen Blocks" gestürzt im Namen der Demokratie.

In Wirklichkeit stehen die Dinge etwas anders. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen Klassen, von denen jede sich für sich selbst als die gerechtere Partei ansieht.

Die Partei der Radikalen war tatsächlich Partei des bulgarischen Handwerkerstums und der Klein- und Stadtbourgeoisie (im Anbetracht dessen, daß der Handwerker sich in den Städten konzentriert). Ihre Politik aber während und nach dem Staatsstreich war die Politik der Bourgeoisie.

Die Agrarierbewegung in der Zeit von Thomas Münzer, dessen Losungen von dunklen, kaum greifbaren sozialistischen Tendenzen umhüllt waren.

Die Agrarierbewegung hat nach dem Balkankrieg (1912) und insbesondere nach dem Weltkrieg einen Aufschwung bekommen; die beiden Kriege hatten als Folge den ökonomischen Ruin dieser Klein- und Mittelbesitzer.

Die Soldatenrevolten brachten ihnen jedoch nicht die Macht. Später aber, bei einer allumfassenden ökonomischen und politischen Zerrüttung, bei einer Atmosphäre der Volksempörung und stürmischen, obgleich wenig kleiner Arbeiterbewegung, verlor die bulgarische Bourgeoisie ihren ganzen politischen Kredit.

Die Politik des Agrarierbundes war eine typisch kleinbürgerliche Politik mit ihrem eigentümlichen Eigenschaft: Inkonzequenz und Utopie. Seine größten Reformen sind: das Genossen! Arbeiter!

Das finanzielle Chaos machte auch uns eine Kalkulation völlig unmöglich. Keine Druckerei läßt sich mehr auf noch so kurze Lieferfristen ein.

Das Gesetz für das Arbeits-Bodenbesitz und das für die obligatorische Arbeitspflicht. Diese Gesetze zeichnen die "weiten" Rahmen der Agrarpolitik und ihren Charakter.

Die Agrarierbewegung hat sich als Partei des Handwerkerstums und der Klein- und Stadtbourgeoisie (im Anbetracht dessen, daß der Handwerker sich in den Städten konzentriert) dargestellt.

Nach der Theorie Stambolyaks sollten die bisherigen politischen Parteien von der politischen Arena verschwinden und an ihrer Stelle die "Sünde" selbst mit ihren Organisationen, die gleichzeitig ökonomische und politische sind, treten.

Die Politik der Agrarierbewegung war eine typisch kleinbürgerliche Politik mit ihrem eigentümlichen Eigenschaft: Inkonzequenz und Utopie.

Die Politik der Agrarierbewegung war eine typisch kleinbürgerliche Politik mit ihrem eigentümlichen Eigenschaft: Inkonzequenz und Utopie.

Die Politik der Agrarierbewegung war eine typisch kleinbürgerliche Politik mit ihrem eigentümlichen Eigenschaft: Inkonzequenz und Utopie.

Die Politik der Agrarierbewegung war eine typisch kleinbürgerliche Politik mit ihrem eigentümlichen Eigenschaft: Inkonzequenz und Utopie.

Mitteilungen

Unterbezirk. Freitag, den 3. August, abends 7 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung Steintetzstr. 69.

In Nr. 54 der "Kaz." als Antiquariat angezeigten Bücher sind vollständig verfügbar.

Von Zittau gingen ein: Für "Rote Jugend" 3481 M.; für Pressefonds 6519 M. Zusammen: 10.000 M.

Ortsgruppe Eisen: Mitgliederversammlung am Sonntag, den 5. August, vorm. 10 Uhr, im Lokale Seidenstecher, Segerstr. 85.

Bestellschein: Der Unterbezirk bestellt hiermit die "Kommunistische Arbeiter-Zeitung".

Name: _____ Ort: _____ Str. _____ Nr. _____

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 3000 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Postanstalten und durch die Buchhandlung der K.A.P.D., Berlin, NO. 18, Landsberger-Strasse 6.

Die deutsche Bourgeoisie in der Sadgasse

Stampfer, das geistige Haupt der VSPD, vertritt in der Mittwoch-Abend-Nummer einen Artikel, in dem er sich mit den Aussichten Deutschlands auf eine baldige Erholung der Ruhrfrage beschäftigt.

Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse...

Die kommende Belastungsprobe

Der Blick des Proletariats ist immer noch getrübt. Es sieht wohl die Auswirkungen des Zusammenbruchs, aber nicht die Ursachen desselben. Besser gesagt: Es spürt die Wirkungen, das Proletariat fühlt sich instinktiv, daß es auf ähnliche Krisen erlitten, und hat in den letzten Jahren wiederholt viel geschmerzt, doch gemerkt es längere oder kürzere Spielzeiten, wobei natürlich ja ein gut Teil verblutete, den man es sich in den Hirnen drückt, die nicht denken, sondern alles mögliche glauben, auch je tiefer sie sinken.

Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse...

Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse...

Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse... Die Bourgeoisie in der Sadgasse...